

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/217

Bonn, den 12. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| - 2 | <u>Die Partei des Volkes</u> ----- Zehn Jahre Godesberger Programm Von Fritz Sänger | 66 |
| - 3a | <u>Auf der Suche nach einem neuen Standort</u> ----- Zum bevorstehenden CDU-Parteitag in Mainz Von * * * | 60 |
| - 4a | <u>Das Land, wo Industrien bluhn</u> ----- Nordrhein-Westfalen - Land und Gemeinden konzentrieren in der Wirtschaftsförderung | 74 |
| - 6 | <u>Kleine Schritte</u> ----- Neue Nuancen der französischen Außenpolitik Von Georg Scheuer, Paris | 105 |

Die Partei des Volkes

Zehn Jahre Godesberger Programm

Von Fritz Sänger

Am 15. November 1959 gaben 324 von den Orts-, Kreis- und Bezirks-
gliederungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählte
Delegierte dem Entwurf eines aus der Wirklichkeit dieser Zeit ent-
stehenden Programms für die politische Arbeit der SPD ihre Zustimmung.
Nur 16 Stimmen lehnten ab. "Die deutschen Sozialdemokraten", so sagte
der damalige Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, nach diesem
Beschluf, "haben sich in diesem Programm eine politische und geistige
Grundlage gegeben, die uns ein großes Stück auf dem Wege voranfuhrt,
in diesem Volke als die Partei des Volkes den entscheidenden Einfluß
auf die Gestaltung unserer Zukunft zu gewinnen". Das Godesberger
Programm hat den Weg zur Übernahme der Regierung in der Bundesrepublik
Deutschland vorgezeichnet und geebnet.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich weder in ihrem Wesen,
noch in ihren Grundsätzen und schon garnicht in den Zielen verändert:
Sie blieb "die Partei des um seine vollständige politische wie öko-
nomische Befreiung ringenden arbeitenden Volkes" (Heidelberger Programm
1925) und sie half mit ihrem politischen Wirken wie seit ihrer Gründung
der gesamten Nation. Politische Programme sind keine Fanfaren und
Marfen nicht Proklamationen bleiben. Sie haben zur Voraussetzung, daß
die Partei "aufmerksam allem nachspürt, was sich in unserem Volke
regt und bewegt, auch dem, was in ihm gart" (Herbert Wehner) und sollen
die Grundlinien vorzeichnen, nach denen die politische Wirklichkeit zu
gestalten ist: Zum Wohle des Ganzen und niemals nur eines Teiles des
Volkes.

Von Beginn ihres Eintritts in die deutsche Geschichte an sah die
deutsche Sozialdemokratie ihre Aufgabe und Verpflichtung darin, für
ein besseres Los derer zu sorgen, die am Rande der Gesellschaft leben
müssen. Gerechtigkeit und gleiche Würde für alle Menschen zu erstreiten
war ihr Ziel und ist es geblieben. Sie ist gesellschaftspolitischen
Entwicklungen nicht nachgelaufen, wie es konservative und liberale
Bewegungen bestenfalls taten, sie muhnt sich um die Erkenntnisse von

Ursachen und Chancen und darum, gesellschaftspolitische Entwicklungen anzuregen, zu fördern und den Fortschritt durchzusetzen, der selbstbewußten Menschen in einem freiheitlichen Staate ein Leben in eigener Verantwortung und zum Wohle aller erlaubt und abfordert. Die Stiefkinder der Gesellschaft sind Staatsbürger geworden. Ihre Integration in die Nation ist aber noch nicht vollendet. Auf dem Wege zur demokratischen Wirklichkeit warb die Sozialdemokratie nicht vergeblich um die Zustimmung der Menschen. In ununterbrochenem Aufstieg führt die Kurve, die ihren Stimmenanteil zeigt, aufwärts, bis sie auch im Bund wie zuvor in den meisten Städten, in kleinen Gemeinden und vielen Ländern die politische Führung zu übernehmen vermochte.

Die Grundlage für eine sorgfältige, den Tatsachen folgende, der Zukunft zugewandte Arbeit ungezählter Helfer dieser Partei bildeten in unserer Zeit die Gedanken und Ideen des in Bad Godesberg aufgestellten Programms. Es durfte nicht mehr, wie sich die Verhältnisse in Deutschland seit Gründung der Partei von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verändert hatten, von den extremen Verhältnissen der beginnenden Industrialisierung ausgehen. Die Schichten des Volkes, die einmal auf den untersten Stufen der Gesellschaft gestanden hatten, waren bis in das Zentrum der Nation vorgerückt. Von der Mitte her war die Arbeit zu betreiben, die für alle Menschen weiteren Aufstieg, gerechte Teilnahme am allgemeinen Wohlstand, gesicherten Frieden in einer turbulenten Welt schaffen muß.

Der Ruf zur politischen Verantwortung in der Führung der Regierung war die natürliche Folge einer Entwicklung, für welche die Sozialdemokratie ihre besten Kräfte eingesetzt und Opfer und schwere Last auf sich genommen hat. Das Godesberger Programm hat geholfen, die Tore zu öffnen. Was nun zu tun ist, das ist allen aufgegeben, die in der politischen Arbeit stehen, an welchem Platze immer. Ob ein Programm gültig ist, das entscheiden die Wähler. Ob es erfüllt wird, beeinflußt die Wirklichkeit, in der es bestehen muß. Aber daß es erstrebt wird und immer von neuem die Kräfte mobilisiert, die den Fortschritt wollen, das wirkt in die Zukunft und sichert den Weg für die nächste Generation, die aus neuen Gegebenheiten neue Ziele erkennen und Aufgaben begreifen muß. Dieser Weg ist endlos, aber er beginnt heute und an jedem Tage neu.

Auf der Suche nach einem neuen Standort

Zum bevorstehenden CDU-Parteitag in Mainz

Von * . *

Was bisher über die Vorbereitungen zum Bundesparteitag der CDU am kommenden Wochenende in Mainz bekannt geworden ist, läßt darauf schließen, daß die kurz nach der Bundestagswahl heftig geforderten und zum Teil auch schon angekündigten Reformen kaum verwirklicht werden können. Zunächst sieht es so aus, als wolle man Einigkeit demonstrieren, wenn auch mehrere Umbesetzungen an der Parteispitze ahnen lassen, wen die Landesverbände nicht mehr in der Parteiführung zu sehen wünschen.

Kurt Georg Kiesinger dürfte noch einmal zum Parteivorsitzenden gewählt werden. Er, der die Partei als Organisation bisher immer ignoriert hat und wie seine Vorgänger Adenauer und Erhard die Partei mehr oder weniger als notwendiges Übel betrachtete, will sich jetzt ganz der "Straffung der Organisation" widmen. Mit diesem Versprechen beeindruckte Kiesinger sogar die Jungunionler auf deren Deutschlandtreffen in Hamm. Sie spendeten dem Ex-Bundeskanzler Beifall, ließen aber doch erkennen, daß sie unter der Parteireform etwas anderes verstehen, als einige Korrekturen an der Spitze.

Da man natürlich auch bei der CDU-Führung weiß, daß auf dem Mainzer Parteitag nichts Entscheidendes für die Neuorientierung der Partei geschehen kann, hat man für das kommende Jahr die Einberufung eines Außerordentlichen Parteitages angekündigt, auf dem dann die programmatische Linie der CDU gefunden werden soll.

Aber schon jetzt bahnt sich, vor allem auf der mittleren und unteren Ebene der Parteiorganisation, die Diskussion darüber an, welchen Charakter die Partei künftig haben soll. Hierbei spielt auch die Frage eine nicht unerhebliche Rolle, ob, in einer längeren Perspektive gesehen, das Wort "christlich" im Parteinamen der Union noch einen Sinn haben kann. Es gibt in mehreren CDU-Landesbezirken einflußreiche Kräfte, die zum Ausdruck gebracht haben, daß die Bezeichnung "christlich" möglicherweise sogar Wähler eher abstoßen als

gewinnen könnte. Überlegungen dieser Art kommen nicht zuletzt sogar von CDU-Politikern, die im kirchlichen Bereich fest verankert sind.

Ihr Argument lautet: Eine Partei, die schon durch ihren Namen sagen will, daß sie immer christlich zu handeln gedenkt, fordert in kritischen Situationen gerade die Kritik jener Christen heraus, die es mit dem Wort und dem Begriff "christlich" sehr ernst nehmen. Sowohl im katholischen, als auch im evangelischen Bereich ist in letzter Zeit mehrfach die Frage gestellt worden, ob die spezifisch christlichen Belange nicht gefährdet werden können, wenn sich eine Partei zu sehr mit dem Christentum identifiziert. Man weiß aus leidvoller Erfahrung, welche Folgen dies für das Ansehen des Christentums haben kann.

Selbst Kiesinger hat kürzlich in einem Fernsehinterview deutlich gemacht, daß die CDU sich "selbstverständlich nur in Grundsatzfragen von den Ideen des Christentums leiten" lassen könne. In der Tagespolitik dagegen - so Kiesinger - sehe das schon anders aus. Etwas verkrampft, aber doch elegant wie sich Kiesinger nun einmal stets gibt, meinte er deshalb, die CDU müsse sich als eine "Partei der Mitte" verstehen, als Integrationsfaktor, der auch widerstrebende Interessen auf einen Nenner bringen könne.

Es scheint so, als werde sich die CDU bis zu ihrem Außerordentlichen Parteitag bemühen müssen, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob sie zum Sammelbecken der konservativen Kräfte zu werden gedenkt oder ob sie weiterhin mit dem Wort "christlich" einen Anspruch erheben will, von dem selbst ihr jetziger Vorsitzender sagt, er könne "selbstverständlich nur im Grundsätzlichen" erfüllt werden.

In Mainz wird man von diesen die CDU-Mitgliedschaft sicher bewegenden Fragen kaum schon etwas zu spüren bekommen. Diese Fragen bleiben aber auf der Tagesordnung. Sie sind nicht nur ein Problem der CDU, sondern gehen alle an der Festigung der Demokratie interessierten Kräfte unseres Volkes an.

Das Land, wo Industrien blühen

Nordrhein-Westfalen - Land und Gemeinden
konzertieren in der Wirtschaftsförderung

W.K.-Industrieansiedlung tut not im Lande Nordrhein-Westfalen, das in großen Teilen einseitig strukturiert ist. Wie aber kommt man an die ansiedlungswilligen Unternehmer des In- und Auslandes heran, wie macht man sie auf die Vorzüge Nordrhein-Westfalens aufmerksam? Das beste Mittel ist ohne Zweifel die Information: Information durch Werbung, Broschüren, Besichtigungsreisen usw. Fast jede Stadt des Ruhrgebietes, aber auch viele Kreise des übrigen Landes haben in den letzten Jahren Ämter oder ähnlich geartete Institutionen für Wirtschaftsförderung eingerichtet. Sie alle bemühen sich eifrig um neue Industriebetriebe für ihren Bereich.

Am erfolgreichsten ist in dieser Hinsicht die landeseigene Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH in der Düsseldorfer Haroldstraße. Sie berät Firmen des In- und Auslandes, stellt ihnen das notwendige Informationsmaterial zur Verfügung, knüpft Kontakte. Das alles geschieht im besten Einvernehmen mit den Kommunen und Kreisen des Landes, zum Teil sogar in echter Gemeinschaftsarbeit, wenn man dabei an die sogenannten Gemeinschaftsanzeigen der Gesellschaft zusammen mit mehreren Gemeinden denkt.

In diesem Jahr hat die Werbung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH einen "New Look" bekommen: Sie ist - und das ist sicherlich ein Verdienst des Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft, Wirtschaftsminister Dr. Fritz Kasemann - moderner, großzügiger und farbiger geworden.

Die Schlagzeilen verkünden: "In Nordrhein-Westfalen ist Erfolg so nahe wie Erholung". "49 Flugplätze in Nordrhein-Westfalen reichen Ihnen nicht? o.k., demnächst bauen wir den 50.", "Europas größter Binnenhafen liegt in Nordrhein-Westfalen - direkt vor Ihrer neuen Fabrik". "In Nordrhein-Westfalen liegt Ihr neues Unternehmen mitten im Markt". Oder "In Nordrhein-Westfalen hat Ihr Unternehmen Zukunft".

Die Darstellung - zum Teil farbig - spricht auch die angenehmen Seiten des Lebens an; so z.B. in der Anzeige, die die Begriffe Erfolg und Erholung miteinander verbindet: "Nordrhein-Westfalen das Land, wo Industrien blühen. Flüsse, Seen und Wälder umschließen die Industriegebiete, werden durch ausgedehnte Erholungsparks und Grünanlagen ergänzt. Hier können Sie Sport treiben, Ihre Freizeit gestalten - Erfolge feiern. Denn Erfolge bleiben hier nicht aus; bei so großer Kaufkraft und diesem Absatz-

markt. Allein in 150 km Umkreis von Essen/Dortmund 30 Millionen Verbraucher. Das richtige Land für Sie und Ihren neuen Betrieb. Das Land mit Zukunft".

Zwar will der Unternehmer - was ihm niemand verdenkt - in erster Linie Geld verdienen. Ihn interessieren aber auch die Fragen: Wie werde ich, wie werden meine Mitarbeiter wohnen, was kann man in der Freizeit anfangen, wie ist es um die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bestellt, was wird kulturell geboten - kurz, wie läßt es sich dort leben? Auf alle diese Fragen geben die Anzeigen der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung eine knappe, klare und umfassende Antwort - und das ohne Übertreibung, denn alle Verantwortlichen wissen wohl, daß beispielsweise das Ruhrgebiet zwar den Baldeneysee besitzt und demnächst auch noch den Kemnader Stausee, keineswegs aber den Bodensee oder die Alpen. Man kann eben nur mit dem werben, was man hat. Das sollte man dann aber auch ohne Scheu vorzeigen.

So haben sich diese Anzeigen aus der nüchternen Erkenntnis heraus entwickelt, daß beispielsweise rund 50 Prozent des Ruhrgebietes Grünfläche sind und keineswegs nur eine trostlose Aneinanderreihung von Industriegiganten. Der Gedanke bot sich an, diese Feststellung einmal werbemäßig umzusetzen.

Hier offenbart sich die primäre Funktion der Anzeigen, für die Dr. Kassmann jetzt den Startschuß gegeben hat. Sie sollen ein ansiedlungsgünstiges Klima schaffen, sollen hinstimmen auf Nordrhein-Westfalen - "ein Land, in dem Industrien blühen" - als idealen Standort für ein Unternehmen. Darüber hinaus sollen die Anzeigen auch beim Bürger in Hamburg oder in München "ankommen" und für Nordrhein-Westfalen Interesse und Sympathie wecken. Sie sollen ihm sagen, daß man hier gut arbeiten, gut verdienen und gut leben kann. Nicht zuletzt soll auch den Einwohnern Nordrhein-Westfalens die positive Wandlung ihres Landes deutlich gemacht werden.

+ + +

Entnommen "VORN", Sozialdemokratische Monatsschrift für Nordrhein-Westfalen.

Kleine Schritte

Neue Nuancen der französischen Außenpolitik

Von Georg Scheuer, Paris

Die erste außenpolitische Debatte der französischen Nationalversammlung seit der Wachablösung im Elysée und mehrere Erklärungen von Staatspräsident Pompidou und Außenminister Maurice Schumann setzten dieser Tage einige neue Akzente der französischen Außenpolitik. Der grundsätzliche Kurs wird beibehalten, begleitet von Reverenzen in Richtung des Ex-Präsidenten de Gaulle. Neue Nuancen sind jedoch spürbar. Das gilt nicht nur für das, was gesagt wird, sondern insbesondere auch für das, was nicht mehr gesagt wird.

Gleichgewicht

Zur Bestimmung seiner Haltung in "Einzelfragen", so insbesondere auch in europäischen Problemen, geht Paris nach wie vor von weltpolitischen Vorstellungen aus. Frankreich betrachtet sich mit Washington, London, Moskau und Peking als eine der "Vier Großmächte" und bestrebt sich, "ohne Diskriminierung" mit "allen" Ländern "beste" Beziehungen zu pflegen.

Das gilt insbesondere für das Verhältnis zu den beiden Supermächten. Frankreich bleibt weiterhin auf ungefähr gleichem und freundlichem "Abstand" gegenüber Washington und Moskau und bemüht sich zugleich um Besserung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in **b e i d e n** Richtungen.

Das bedeutet einerseits weiteres Fernbleiben von der NATO (militärische Integration) und gleichzeitige Befähigung des Atlantikpaktes (politisches Bündnis); andererseits Ablehnung der Blöcke in Europa und zugleich beste bilaterale Beziehungen mit den einzelnen osteuropäischen Ländern.

In diesem Gesamtkonzept gibt es jedoch neue Akzente: Frankreichs Beziehungen mit den Vereinigten Staaten sind merkbar besser als zuvor und werden sich voraussichtlich noch weiter bessern. Das Verhältnis zur Sowjetunion ist deshalb nicht schlechter geworden, im Gegenteil.

Das relative "Gleichgewicht" Frankreichs zwischen den USA und der UdSSR wird selbstverständlich durch bessere Direktbeziehungen zwischen den beiden Supermächten erleichtert. Die amerikanisch-französische Aussöhnung erfolgte schon zu de Gaulles Regierungszeit mit dem Besuch des Präsidenten Nixon in Paris. Pompidou hat also hier keinen Bruch zu vollziehen, sondern nur auf einem bereits von seinem Vorgänger eingeschlagenen Weg weiterzuschreiten. Der erste Staatsbesuch des neuen Französischen Präsidenten gilt denn auch Anfang 1970 Washington. Erst später wird Pompidou nach Moskau fahren. Vorher ist aber die sowjetische Staatsführung nach Paris eingeladen.

Europäische Sicherheitskonferenz

In diesem weltpolitischen Rahmen steht Frankreichs Haltung zu einer eventuellen europäischen Sicherheitskonferenz. Der sowjetische Vorschlag findet in Paris grundsätzliche Zustimmung, jedoch sachliche und zeitliche Vorbehalte. Die europäische Konferenz hätte nach französischer Auffassung nur dann Sinn, wenn sie durch zahlreiche direkte bilaterale Kontakte und Gespräche gründlich vorbereitet wird und zu einer Lockerung bzw. Auflösung der in Europa bestehenden Blöcke bei-

trägt. Es soll also kein Treffen zwischen europäischen Atlantikpakt- und Warschauptländern, sondern eine blockfreie, gesamteuropäische Aussprache sein, um entsprechende Friedenslösungen beschließen zu können. Außerdem sollen nach Meinung des Quai d'Orsay zumindest in einer zweiten Phase die Vereinigten Staaten und Kanada an der europäischen Friedenskonferenz beteiligt sein. - Das von Moskau vorgeschlagene Datum - die erste Jahreshälfte 1970 - wird somit als "verfrüht" bezeichnet.

EWG-Gipfel

Wenige Tage vor dem Haager EWG-Gipfel wird in Paris die alte Formel präsentiert: "Vollendung, Vertiefung, Verbreiterung". Dabei handelt es sich jedoch im bisherigen Konzept nicht um Gleichzeitigkeit, sondern um drei aufeinander folgende Etappen.

Die "Verbreiterung" des Gemeinsamen Marktes (sachliche Verhandlungen mit England über dessen Beitritt zur EWG) soll erst nach "Vollendung" und "Vertiefung" erfolgen. Daß die drei Phasen einander gegenseitig bedingen, voneinander nicht durch scharfe Grenzen zu trennen sind und sogar ineinander überfließen, wird von der französischen Diplomatie bis jetzt noch nicht anerkannt.

Man verzeichnet jedoch eine stärkere Betonung der europäischen Richtung im gegenwärtigen Pariser Konzept. Mehr als bisher ist von wirtschaftlicher Integration die Rede. Auch wird der politische Zusammenschluß Europas nunmehr als schließliche Konsequenz der wirtschaftlichen Einigung gesehen. Wie weit solche Erkenntnisse in praktischen Beschlüssen ihren Niederschlag finden, wird der bevorstehende "EWG-Gipfel" zeigen.

Nahost

Europäische Fragen stehen im Vordergrund des allgemeinen Interesses, figurierten in den Darlegungen des Außenministers Maurice Schumann vor der Nationalversammlung aber an letzter Stelle. Vielleicht sollte ihre Bedeutung dadurch hervorgehoben werden. Außereuropäische Probleme haben im Gesamtkonzept des Quai d'Orsay jedoch immer noch eine hervorragende Rolle.

Frankreich betont nach wie vor seine Stellung im "Fünf-Mächte-Konzert". Pompidous Devise ist "Kontinuität und Wandel". Auf außenpolitischem Gebiet wird bis jetzt die Kontinuität großgeschrieben; neue Elemente sind erst bei genauester Analyse der amtlichen Thesen festzustellen.

So hat sich Frankreichs Nahostkurs kaum geändert. Das einseitige Waffenembargo gegenüber Israel wird beibehalten. Libanon wird als Frankreichs besonderer Freund bezeichnet und behandelt. Zugleich verzichtet man jedoch auf die früher üblichen schroffen Erklärungen, die - wie die Erfahrung lehrt - zur friedlichen Lösung der Konflikte nicht beitragen.

Vietnam

Auch im Vietnamkonflikt übt Frankreich größere Zurückhaltung. Wohl bekennt sich Paris immer noch zu den von General de Gaulle in Pnom Penh verkündeten Grundsätzen, jedoch in gemäßigtem Tonfall. Die erneuerten freundschaftlichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten werden hervorgehoben, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, insbesondere in wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen, die zu de Gaulles Zeiten undenkbar wären. - Erst in der "letzten Phase" der Vietnamkonferenz will sich Paris "diskret" einschalten, um "allen Völkern der indochinesischen Halbinsel (gemeint sind neben den beiden Vietnam auch Laos und Kambodscha) Unabhängigkeit und Neutralität zu garantieren". Die Garantie soll nach französischer Auffassung nach dem Beispiel der Genfer Konferenz von den "Fünf Großmächten" - USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China - gegeben werden.